

Pester Lloyd

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 4. Juli.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute nachmittag die Beratungen über die Vorlage betreffend die neuere Kriegsunterstützung der Staatsbeamten fort. An der Debatte beteiligten sich mehrere Redner. Das Haus wird morgen diese Debatte fortführen.

Der Verlauf der Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangt

Abgeordneter Ernst Bródy

(fortfahrend) auf Grund der guten Erfahrungen, die man während des Krieges mit den weiblichen Arbeitskräften auf allen Gebieten gemacht hat, daß das Frauenbildungswesen auch bei uns ausgestaltet werde. Man müsse auch die volle Gleichstellung der weiblichen öffentlichen Beamten mit den männlichen Staatsangestellten durchführen. Der Staat sollte unter den heutigen schweren Verhältnissen, unter Einbeziehung der verschiedenen Zentralen, den Staatsbeamten die elementaren Bedarfsartikel selbst verkaufen lassen; dazu könnte man die altruistisch organisierte Konsumgesellschaft der öffentlichen Beamten in Anspruch nehmen. Die Teuerungszulage sollte man eigentlich zu einer großangelegten Rangierungsfaktion der verschuldeten Beamten verwenden. Die Finanzinstitutzentrale könnte auch diese Aufgabe lösen, denn die Befreiung der Beamten von der Schuldenlast würde mehr nützen als diese fallweise gewährten kleinen Unterstützungen. Den Entwurf lehnt Redner ab.

Abgeordneter Julius Ságghy

gibt zu, daß die vom Finanzminister vormittags angemeldeten Abänderungen eine Verbesserung des Gesetzentwurfes bedeuten, die den Redner zu seiner Annahme bestimmen; er findet jedoch durch diese Teuerungszulage die Fragen der Versorgung unserer öffentlichen Beamten nicht gelöst. Man hätte schon hier auf die Familienverhältnisse der Beamten mehr Rücksicht nehmen müssen. Die Wünsche der oppositionellen Parteien unterbreitet Redner in einem Beschlusantrage, demnach erstens die Unterstützungen im allgemeinen erhöht und auf die Pensionierten ausgedehnt werden sollen, zweitens, diese Teuerungszulagen auf alle Kategorien der Volksschullehrer, drittens, auf die Geistlichen aller Konfessionen ausgedehnt werden sollen. Schließlich verlangt die Resolution die Errichtung einer Lebensmittelversorgungszentrale für die Beamten. (Zustimmung.)

Abgeordneter Stefan Katovszky

meint, der Finanzminister gehöre zu den wenigen Finanzministern, denen das Glück hold ist. Beide Gesetzentwürfe, die jetzt in Verhandlung stehen, fanden den einmütigen Beifall aller Parteien. Würde Redner den Minister nicht als gutmütigen, gründlichen Beamten kennen, würde er ihn für eine unerbittlich grausame Sphinx halten (Heiterkeit). Der Finanzminister beruft sich auf die großen Lasten des Staates. Woher soll die Opposition die Leistungsfähigkeit des Staates kennen, wenn sie schon seit drei Jahren in Ermangelung eines Budgets in die Lage des Staatshaushaltes keinen Einblick gewinnen konnte? Warum soll die Opposition die Leistungsfähigkeit des Staates in Zweifel ziehen, wenn sie sieht, daß die Schiffahrtsgesellschaften auch weiter ihre riesigen Subventionen beziehen? Diese Gesellschaften arbeiten seit Kriegsausbruch nicht. Wo sind die Gegenleistungen für diese Subventionen, die ursprünglich nach Seemeilen berechnet wurden? Warum will der Minister den Beamten gegenüber so engherzig sein, wo er doch der Klassenlotteriegesellschaft gegenüber sehr splendid ist? Der Minister beruft sich auf die Verhältnisse der Beamten in Oesterreich und Deutschland, vergißt aber zu erwähnen, daß dort der Grundgehalt viel größer ist als bei uns, und daß dort auch die Existenzverhältnisse besser sind. Weshalb gewährt der Finanzminister nicht wenigstens den kleinern Beamten eine fünfzigprozentige Unterstützung? Dieser Betrag würde beinahe die Subvention der Schiffahrtsgesellschaften erreichen, die diesen Gesellschaften ohne Gegenleistung gewährt wird. Der Minister mißt nicht mit gleichem Maß bei der Verwaltung der staatlichen Gelder. Das führt zur Korruption, zur Verzweiflung oder zu vielleicht noch Schlimmerem. Er unterbreitet einen Beschlusantrag, demzufolge die Beratung über diesen Gesetzentwurf suspendiert und die Regierung angewiesen werde, dringend, spätestens innerhalb acht Tagen, einen neuen Gesetzentwurf zu unterbreiten, in dem die in dem Memorandum der Kirregyházaer Beamten angeführten Wünsche befriedigt werden. (Beifall links.)

Abgeordneter Andreas Máth

hält auch den abgeänderten Gesetzentwurf für ungenügend. Die Beamten wollen kein Almosen, sondern ein Existenzminimum, das auch in den neuen Verfügungen nicht gesichert ist. Abgeordneter Kálovszky hat nur die Subventionen der Schiffahrtsgesellschaften erwähnt. Der Staat zahlt auch den Munitionsfabriken und anderen Unternehmungen, die jetzt riesige Beträge verdienen, weiter Subventionen. Wie viel Not könnte man mit dem Gehalt der Parlamentsgarde lindern? Redner beschäftigt sich mit den Lebensmittelverhältnissen und wirft der Regierung Mangel an Organisationsfähigkeit vor, die zu den bestehenden Uebelständen geführt hat. Den Gesetzentwurf lehnt Redner ab.

Abgeordneter Elemér Preshly

wünscht ebenfalls die Errichtung einer Lebensmittel-Einkaufszentrale für die Beamten, die hinter der Front ebenso tapfer und aufopfernd arbeiten wie die Soldaten. Was das Militär vermochte, wird man für die Beamten wohl auch zustande bringen können, nach dem Beispiel der verschiedenen militärischen Verpflegsorganisationen, die tadellos für die Bedürfnisse der Familien der Offiziere auch zu sorgen imstande sind. Redner nimmt den Gesetzentwurf an, bittet aber die Regierung, auch den Gemeinde- und Kreisnotären eine Unterstützung zukommen zu lassen.

Den Beschlusantrag Ságghys nimmt Redner an. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Alexander Gieswein

meint, die Erstarfung der Solidarität aller Klassen wird in Ungarn unvölligende Entwicklungen fördern, die nationale Kraft und die Organisation werden Wunder wirken in der Ausgestaltung eines modernen Ungarns, wo die heute darbenenden Beamten keiner solchen Almosen bedürfen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf, wenn er auch von gutem Willen durchdrungen ist, wird das Uebel nicht ausmerzen, er wird eine momentane Hilfe bringen, was Redner durch die Annahme des Entwurfs gern anerkennt. Die Preise steigen aber viel rapider, um mit den Unterstützungen ihnen beikommen zu können. Deshalb muß die Mittelklasse geschützt werden, durch energische staatliche Maßnahmen. Außer den Beamten, muß auch den Pensionisten geholfen werden. Wenn man notgedrungen für antikulturelle Zwecke Opfer bringen muß, so sind solche Opfer für Kulturzwecke — und ein solcher ist die Erhaltung unseres Beamtenstandes — in weit höherem Maße begründet und unerlässlich. Diesen wahren Tagelöhnern der Nation muß der Beutel des Staates geöffnet werden.

Abgeordneter Samuel Bakonji

meint, es gibt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Beamten einen wichtigen Faktor zur erfolgreichen Beendigung dieses Krieges bilden. Die Redner des heutigen Tages haben einen edlen Wettbewerb entfaltet, wer mehr für die Verbesserung der materiellen Lage der Beamten erlangen kann. Abgeordneter Jafabffy hat darin recht, daß es zu den dringendsten Staatsangelegenheiten abweichend von den bisher maßgebenden Gesichtspunkten endgültig zu regeln. Namentlich das bisher gültige System der Wohnungsgeldklassen ist veraltet und bedarf einer gründlichen Abänderung. Er beschäftigt sich mit der Frage der Anschaffungsvorschüsse und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Rückzahlung der Vorschüsse der Minister sich von Gesichtspunkten der Billigkeit leiten lassen. Er lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers und des Hauses auf die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Offiziere und Beamten der gemeinsamen Armee und der Landwehr bei der Kriegsunterstützung leer ausgegangen sind. Wohl erhalten die Offiziere an der Front eine entsprechende Kriegszulage, allein es gibt auch zahlreiche Mitglieder des Offizierskorps, die aus verschiedenen Gründen nicht an der Front sind, sondern im Hinterland erspriessliche Dienste leisten. Warum werden diese von der Kriegsunterstützung ausgeschlossen? Er hielt es für seine Gewissenspflicht, den Finanzminister zu ersuchen, diese Frage einer eingehenden Erwägung zu unterziehen. Er nimmt den Gesetzentwurf im allgemeinen sowie auch den Beschlusantrag des Abgeordneten Ságghy an. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Madár Gedeon

hält das Ausmaß der Unterstützung für nicht genügend, obwohl auch er überzeugt ist, daß die Leistungsfähigkeit des Staates Grenzen hat. Der Staat könnte auf anderem Gebiete den Beamten zu Hilfe kommen. So müßte der Staat die Frage der Beschaffung der Lebensmittel für die Beamten regeln, die Leitung dieser Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Auch hält er es nicht für billig, daß die Staatsangestellten ihre Gehälter nur auf Grund einer mit Stempel versehenen Quittung beziehen können. Den Gesetzentwurf nimmt er im allgemeinen im Namen der Verfassungskommission an. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Karl Hujár (Sárvár)

glaubt nicht, daß der vorliegende Gesetzentwurf die Beunruhigung, die bei allen Angestellten des Staates seit Wochen beobachtet werden kann, zu beseitigen vermag. Der Gesetzentwurf wird eine Milderung werden, denn man wird dieses Geschick fortwährend ergänzen, abändern und erweitern müssen. Redner empfiehlt die Unterstützung der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, sowie der pensionierten Volksschullehrer und Religionslehrer dem besonderen Wohlwollen der Regierung. Er könnte aber noch viele Kategorien finden, die im Dienste der Dessenlichkeit stehen und förmlich hungern. Die Arbeiter der staatlichen Betriebe müßten auch Gehaltserhöhungen bekommen, wenn man nicht Gefahren heraufbeschwören will, die die Verzweiflung zeitigt. Die Regierung wird gewiß dafür sorgen, damit diejenigen, die durch die Verzweiflung getrieben, auf Irrwege geraten sind, nicht durch Ausnahmemaßregeln schwer getroffen werden. Redner unterbreitet dann eine Resolution, dergemäß die 35prozentige Teuerungszulage auch den im Lokaldienst verwendeten Offizieren und Militärbeamten angewiesen werde. (Zustimmung.)

Abgeordneter Desider P. Abraham

schließt sich dem Beschlusantrag des Abgeordneten Ságghy an, würde aber gern eine Verfügung annehmen, dergemäß die Vorschüsse erst nach Kriegsschluß zurüdbezahlt werden sollen. Er bittet den Minister, dahin zu wirken, daß die Kriegsunterstützungen der Familien der Eingekerkerten nicht durch das Kriegsfürsorgeamt, sondern durch die Staatskassen ausgezahlt werden. Auch wünscht er die Berücksichtigung der Interessen der Pensionierten der Munizipien. Den Gesetzentwurf nimmt Redner im allgemeinen mit dem Beschlusantrag des Abgeordneten Ságghy an.

Die Debatte wird unterbrochen.